



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 22.01.2026

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 28. Januar 2026, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.12.2025
2. 26-A-79-0008

Vorstellung des Projektes „Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Geduldete und
Gestattete“

3. 26-F-22-0001

Öffnung von Schulhöfen - bestehende Beschlüsse besser umsetzen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 21.01.2026 -

Die Stadt Wiesbaden hat bereits mit Magistratsbeschluss Nr. 1033 vom 27.06.1972 sowie der ergänzenden Regelung von 1979 festgelegt, dass Schulhöfe und Schulsportplätze in der unterrichtsfreien Zeit grundsätzlich als Spiel- und Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche freigegeben werden sollen. Diese Beschlüsse sind weiterhin gültig.

Mit Beschluss vom 29.06.2023 (Antrag 23-F-63-0081) wurde der Magistrat beauftragt, über den Stand der Schulhoföffnungen zu berichten. Der Bericht vom Dezember 2023 zeigt, dass trotz dieser Beschlusslage viele Schulhöfe weiterhin nicht oder nur eingeschränkt geöffnet sind. Gleichzeitig besteht - insbesondere in innerstädtischen Quartieren - weiterhin ein erheblicher Mangel an Aufenthalts- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche, der durch bestehende Angebote und die Arbeit der AG Plätze nicht ausreichend gedeckt wird.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie das im Bericht zu Antrag 23-F-63-0081 unter Punkt 4 genannte Projekt eines gemeinsam genutzten Schulhofes verlaufen ist und wie es bewertet wurde.
2. zu berichten, ob es seit Vorlage des Berichts vom Dezember 2023 weitere Schulhoföffnungen gegeben hat und wenn ja, an welchen Standorten.
3. zu den im Bericht vom Dezember 2023 genannten Bedenken der Schulleitungen Vorschläge zu erarbeiten, wie diesen begegnet und möglichst viele davon ausgeräumt werden können.
4. zu prüfen, inwieweit Schulhöfe gegebenenfalls begrenzt nur für bestimmte Gruppen oder Aktivitäten freigegeben werden können und unter welchen Bedingungen dies möglich wäre.

4. 25-F-01-0002

ANLAGE

Handlungsprogramm für ältere Menschen in Wiesbaden auf den Weg bringen

- Antrag der Fraktion SPD vom 10.12.2025 -
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 474 vom 17.12.2025 -

4.1 25-V-51-0018

**DL 20/25-3
ANLAGE**

Bericht "40 Jahre Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter"
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 475 vom 17.12.2025 -

5. 26-F-63-0007

Einführung eines Diversitätsmonitorings prüfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2026 -

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde im Jahr 2006 in Deutschland eingeführt. Es hat zum Ziel, Diskriminierung aus Gründen der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern. Damit sollen insbesondere auch Arbeitgeber*innen stärker verpflichtet werden, präventiv vor Diskriminierung zu schützen sowie entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu beseitigen.

Im selben Jahr hat sich die Charta der Vielfalt e.V. gegründet und ist mittlerweile die größte Arbeitgebendeninitiative zur Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich bereits 2008 dieser Initiative durch ihre Unterschrift angeschlossen.

Inzwischen sind fast 20 Jahre nach der Einführung des AGG vergangen und mit der zunehmenden Bedeutung stellt sich die Frage, ob ein wahrnehmbarer Wandel stattgefunden hat und die besagte Vielfalt auch eine gelebte Vielfalt ist.

Ein gutes Instrument zur Erfassung dieser Fragestellung und um die Erfolge sowie die Herausforderungen transparent zu machen, stellt ein Monitoring dar. Seit 2003 führt die LHW ein stadtweites Integrationsmonitoring durch, welches perspektivisch zu einem Diversitätsmonitoring weiterentwickelt werden sollte.

Zur Erfassung des Ist-Zustandes und um daraus einen Fahrplan abzuleiten, welche weiteren Maßnahmen es braucht, um Akzeptanz für die Vielfalt unter Mitarbeitenden und letztlich der gesamten (Stadt-)Gesellschaft zu schaffen, könnte in einem ersten Schritt ein Diversitätsmonitoring für die LHW als Arbeitgeberin durchgeführt werden, um nach erfolgreicher Erprobung ein stadtweites Monitoring analog dem Integrationsmonitoring zu entwickeln. Eine Hilfe zur Fragestellung und eine gute Orientierung bieten die Informationen unter <https://befragung-vielfalt.de>, das Dokument des BMI zur „Ganzheitlichen Diversitätsstrategie der Bundesregierungen“¹ und die Ergebnisse der Befragungen des Bundesinstituts der Bevölkerungsforschung (BIB)² ³.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu prüfen, mit welchem Aufwand ein Diversitätsmonitoring (ähnlich wie Frankfurt am Main bzw. die der Bundesregierung) verbunden wäre. Dabei soll festgestellt werden, ob ein spürbarer Wandel in der Verwaltung seit der Einführung des AGGs stattgefunden hat und die Vielfalt der Mitarbeitenden der LHW könnte dadurch abgebildet werden.
- 2) dem Ausschuss die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen, damit darüber entschieden werden kann, ob ein Diversitätsmonitoring entwickelt werden soll und wie es ggf. perspektivisch mit dem Integrationsmonitoring zusammengeführt werden könnte. Um alle Teilnehmenden zu schützen, würde eine Befragung natürlich anonym und nach Datenschutzkonformitäten durchgeführt werden.

6. 26-F-63-0009

Teilhabe stärken: Migrantische Selbstorganisation, Patenschaftsprojekte und Schutträume für Frauen fördern

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 21.01.2026 -

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/oeffentlicher-dienst/BMI25019-Diversitaetsstrategie.pdf>

² <https://www.bib.bund.de/Publikation/2025/Teilhabe-in-der-Bundesverwaltung.html>

³ <https://www.bib.bund.de/Publikation/2025/Diversitaet-und-Chancengleichheit-Survey-2024.html>

In den letzten Jahren wurden in Wiesbaden wichtige Projekte zur Förderung von Teilhabe und interkulturellem Zusammenhalt angestoßen. Dazu gehören Angebote für Frauen mit Migrationsgeschichte, Patenschaftsprojekte und interreligiöse Initiativen. Dennoch zeigt sich, dass viele migrantische Selbstorganisationen und ehrenamtliche Gruppen unter prekären Bedingungen arbeiten und kaum langfristige Unterstützung erhalten.

Gerade vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Polarisierungen, digitaler Gewalt und wachsender sozialer Ungleichheit ist es zentral, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken - insbesondere dort, wo Menschen oft übersehen werden: in migrantischen Communities, in der Ehrenamtsarbeit und bei vulnerablen Gruppen wie geflüchteten Frauen und Mädchen. Daher wollen wir migrantische Selbstorganisationen sichtbar machen, empowern und strukturell fördern, wofür wir auf bereits vorhandene Maßnahmen aufbauen wollen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine öffentlich zugängliche Übersicht über migrantische Selbstorganisationen und ehrenamtliche Patenschaftsprojekte in Wiesbaden zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren, um Sichtbarkeit, Vernetzung und gezielte Förderung dieser Strukturen zu verbessern.
2. zu prüfen, wie ergänzend zu bestehenden Landesmitteln (z. B. über das WIR-Programm) ein niedrigschwelliger kommunaler Fördertopf für kleinere community-basierte Projekte im Bereich Teilhabe, Empowerment und Antidiskriminierung eingerichtet werden kann.
3. gemeinsam mit Trägern und Engagierten bestehende Patenschaftsprojekte (wie „Angekommen Wiesbaden“) zu evaluieren und Perspektiven für eine langfristige strukturelle Förderung und fachliche Begleitung zu entwickeln.
4. in Zusammenarbeit mit bestehenden Angeboten (z. B. von wif e.V., AZRA, Wildwasser Wiesbaden) die Versorgungslage von geflüchteten Frauen und Mädchen sowie Frauen mit Migrationsgeschichte im Bereich Schutz vor Gewalt, digitale Teilhabe und Empowerment regelmäßig zu erheben, bestehende Lücken zu identifizieren und gezielt auszubauen.

7. 25-I-30-0009

ANLAGE

Situation zu Abschiebungen in Wiesbaden - Abschiebungspraxis in Wiesbaden

- Beschluss Nr. 50 des Ausländerbeirates vom 27.08.2025 -

8. 26-F-63-0005

Stadtschüler*innenrat (SSR) Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 21.01.2026 -

Der Stadtgrundschülerinnenrat Wiesbaden bietet Grundschüler:innen die Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren und erste Erfahrungen mit demokratischer Mitbestimmung zu sammeln. Die bisherigen Sitzungen zeigen, dass Kinder in der Lage sind, konkrete Anliegen zu benennen und sich engagiert einzubringen. Aktuell wird das Projekt maßgeblich vom Stadtschüler*innenrat (SSR) begleitet. Diese intergenerationale Zusammenarbeit ist ausdrücklich zu begrüßen und soll in ihrer bisherigen Form nicht in Frage gestellt werden.

Gleichzeitig ist die Amtszeit der Mitglieder des Stadtschüler*innenrates aufgrund der schulischen Laufzeiten und der einjährigen Legislaturperiode naturgemäß zeitlich begrenzt. Um die positiven Effekte des Stadtgrundschüler:innenrates langfristig zu sichern und die Beteiligung von Grundschüler*innen dauerhaft zu stärken, kann es daher sinnvoll sein, ergänzend eine Unterstützung durch beständige Strukturen zu prüfen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Der Stadtschülerinnenrat Wiesbaden sowie der Stadtgrundschülerinnenrat Wiesbaden werden eingeladen, sich und ihre Arbeit im zuständigen Ausschuss vorzustellen.
2. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und im Ausschuss zu berichten, wie der Stadtgrundschüler*innenrat langfristig unterstützt und strukturell abgesichert werden kann, insbesondere mit Blick auf Kontinuität über Schuljahre hinweg.
3. Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, inwieweit sich hier Synergien/Schnittstellen mit dem geplanten Kinderparlament in Mainz-Kastel ergeben.

9. 26-F-63-0011

Jugend-Info-Zentrum Wiesbaden (JIZ)

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 21.01.2026 -

Das Jugend-Info-Zentrum Wiesbaden (JIZ) bietet Jugendlichen ein umfassendes, niedrigschwelliges und kostenfreies Informations- und Beratungsangebot zu zentralen Themen der Lebensphase Jugend. Dazu zählen unter anderem Schule, Ausbildung, Studium, Arbeit, Wohnen, Freizeit, Gesundheit, Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten. Auch in Krisensituationen haben wir mit dem JIZ einen wertvollen Ansprechpartner geschaffen.

Um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen in Wiesbaden von diesen Angeboten profitieren können, ist ein hoher Bekanntheitsgrad des JIZ entscheidend. Trotz bestehender digitaler und analoger Informationsangebote ist das JIZ bislang nicht allen Jugendlichen bekannt.

Mit dem Antrag soll geprüft werden, wie die Sichtbarkeit des JIZ weiter verbessert werden kann. Ziel ist es, Jugendlichen den Zugang zu Information, Beratung und Unterstützung zu erleichtern und die wichtige und gute Arbeit des Jugend-Info-Zentrums nachhaltig zu stärken.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie sich die Besucher:innenzahlen sowie telefonische und digitale Anfragen seit Eröffnung 2022 entwickelt haben und wie sich die Angebotsstruktur seitdem verändert hat.
2. Welche Evaluationen zu den Angeboten des Jugend-Info-Zentrums (JIZ) vorliegen und wie die Feedbacks der Jugendlichen aussehen?
3. Wie das Jugend-Info-Zentrum Wiesbaden (JIZ) derzeit beworben wird.
 - a. welche Kommunikations- und Werbekanäle aktuell genutzt werden (z. B. Website, Social Media, persönliche Ansprache, Kooperationen),
 - b. in welchem Umfang digitale Angebote (z. B. Website, Instagram, Online- und WhatsApp-Beratung) zur Ansprache von Jugendlichen eingesetzt werden,
 - c. welche Kooperationen mit Schulen, Jugendvertretungen, Jugendgruppen und weiteren Akteurinnen und Akteuren der Jugendarbeit bestehen.
4. Welche Maßnahmen geeignet sind, um den Bekanntheitsgrad des Jugend-Info-Zentrums bei Jugendlichen in Wiesbaden weiter zu erhöhen.

10. 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

- Sachstand Erziehungsberatungsstelle Schelmengraben und FZO
- Tronc-Mittel Soziales

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-V-33-0002

DL 31/25-6

Integrationsbericht 2022 - 2024

2. 25-V-51-0034

DL 31/25-11

Nachwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses (JHA)

Tagesordnung II - nichtöffentliche Vorlagen

1. 25-V-06-0008

DL 01/26-1 NÖ

Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe vom 01.01.2026 bis 31.12.2026

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender